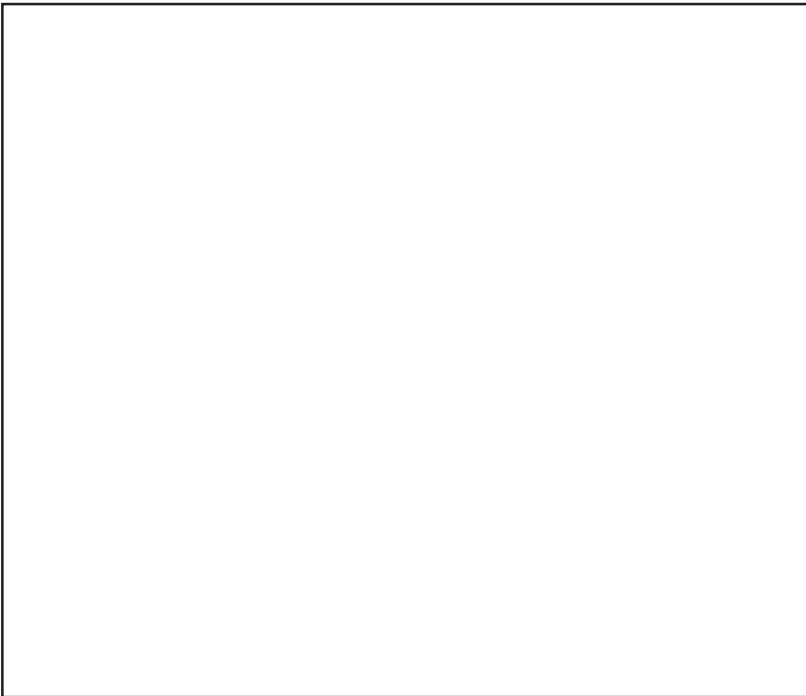




Der **Wattenscheider**

Mitteilungsblatt des Heimat- und Bürgerverein Wattenscheid e. V.
22. Jahrgang **Heft 2, Juni 1997**



In diesem Heft:

Bürgerbefragung in Wattenscheid
Berichte über die Aktivitäten des HBV
Das Historische Stichwort: 100 Jahre August-Bebel-Platz

Rückgemeindungsdebatte aktuell

Endlich: Der Landtag in Wattenscheid

Am 26.2.1997 hat der Kommunalpolitische Ausschuß des Landtages Wattenscheid besucht. Der Heimat- und Bürgerverein Wattenscheid dokumentiert I. die „Rundfahrt“-Stationen am 26. Februar, II. das „Merkblatt“ zur Rundfahrt am 26. Februar, III. die „Ergänzende Stellungnahme“ des HBV vom 18. März 1997.

Die Begrüßungsansprache, die Klaus-Peter Hülde, stellvertretender Vorsitzender des Vereins, an die Abgeordneten richtete, hat folgenden Wortlaut: „Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren Abgeordnete, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Zunächst möchte ich Ihnen im Namen der Bürger Wattenscheids, des Heimat- und Bürgervereins, der Wattenscheider Parteien, der beiden großen Wattenscheider Kirchen, der Werbegemeinschaft und des Verkehrsvereins herzlich dafür danken, daß Sie Ihr bei der Anhörung im Landtag am 6. November 1996 gegebenes Versprechen, Wattenscheid zu besuchen, eingelöst haben. Am 31. Januar 1997 haben wir mit den Wattenscheider Kirchen, den Parteivertretern und der Werbegemeinschaft sowie dem Verkehrsverein diesen Besuch vorbereitet. Wir möchten mit dazu beitragen, Ihnen ein möglichst objektives Bild der Verhältnisse „vor Ort“ zu vermitteln. Auf eine „Bauruinenfahrt“ brauchen Sie sich nicht einstellen. Wenn auch an dieser Stelle ausdrücklich darauf hingewiesen werden muß, daß von 1975 bis zum Haushaltsjahr 1997 DM 389 Mio an investiven Mitteln aus Wattenscheid abgezogen wurden und vornehmlich in den Ausbau sogenannter oberzentraler Einrichtungen in der Bochumer City geflossen sind, was natürlich nicht ohne negative Wirkung für Wattenscheid geblieben ist.

Wir möchten Ihnen Wattenscheid als eine lebensfähige und liebenswerte Stadt zeigen, die auch heute noch als selbständige Stadt bestehen könnte und dabei deutlich machen, daß Wattenscheid eine gewachsene Stadt ist, deren einzelne Teile in den 20er Jahren freiwillig in eine neue Städteverbindung gegangen sind, als Stadt und Wattenscheider Amtsgemeinden zur Mittelstadt Wattenscheid verbunden wurden. Diese Gemeinde Wattenscheid lebt von dem Bewußtsein, Wattenscheid zu sein, getragen von Alt und Jung, von den Kirchen und den Verbänden und Vereinen. Es gibt auch heute noch keinen Verein in Wattenscheid, der sich in erster Linie als ein Bochumer Verein sehen würde, mit ideeller Verpflichtung gegenüber der Gesamtstadt. Es gibt natürlich Aktivitäten, die z.B. im Dienste an Sport und Gesellschaft betrieben werden und deren politische und geografische Lokalisierung zufällig „Bochum“ ist und insoweit unabweisbar zum Handeln mit und gegenüber

den Repräsentanten und Verwaltungskräften zwingt, die dieses „Bochum“ repräsentieren. Aber, so schafft man keine Heimatstadt. Niemand kann gezwungen werden, „seine“ Stadt zu schätzen und als Heimat zu empfinden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

was macht denn diese „Heimat Bochum“ aus? Eine Bevölkerung in Alt-Bochum, der, wie die jüngste Befragung auch zeigt, zum größten Teil das Schicksal ihrer Mitbürger in Wattenscheid einerlei ist. Aus den gelegentlichen Besuchen Bochumer Prominenz in Wattenscheid ist der „Heimatgedanke“ jedenfalls nicht abzulesen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich frage mich ernsthaft, warum die Stadt Bochum nicht von sich aus dafür plädiert, Wattenscheid aus dem Zwangszusammenschluß zu entlassen? Eine Stadt muß von ihren Bürgern getragen werden. Aus der Tatsache, daß sich aus der Bürgerschaft für die Kommunalpolitik Repräsentanten finden lassen und die Menschen hier wählen gehen, läßt sich jedenfalls nicht schließen, daß diese Bürger das politische Gebilde, daß der Not gehorchend ihre Aufmerksamkeit auf sich zieht, auch tragen. Es bleibt der Makel dieser Gemeinschaft, daß diese durch Zwang zustandekam. Auch das Vergessen schafft diesen Makel nicht aus der Welt. Denn obrigkeitstaatliches Handeln verträgt unsere Demokratie nicht. So schafft man m.E. eine Formaldemokratie, bei der zwar Spielregeln funktionieren, die aber hohl und technokratisch angelegt sind. Eine Gemeinde muß auch und gerade mit dem Herzen und aus dem Herzen getragen werden, wenn sie denn echte Gemeinschaft sein und stiften will. Denn 87,7 % pro Wattenscheid würden sonst zu einer läppischen Angelegenheit abgewertet. Aber, wenn gewissermaßen der Zufall oder der opportunistisch zustandegekommene Zuschnitt einer Stadt genügt, dann schaffen wir in einem ideellen Sinne die Gemeinden als Willenserklärung von loyalen Staatsbürgern ab und machen aus ihnen Abteilungen eines Staatsapparates mit Good-will- und Versorgungsfunktionen derjenigen, die einen Job namens Stadt „machen“. Fragen Sie die Menschen in Wattenscheid nach dem, was deren Demokratieverständnis ausmacht und Sie werden finden, daß Ihr evtl. Festhalten an der bestehenden Regelung von diesen Menschen, Ihren Wählern, als undemokratisch empfunden würde. Und trotzdem werden diese Menschen am nächsten Wahltag wieder wählen gehen. Weil es trotz allem ein besseres System mit mehr „Demokratie“ nicht gibt.

Ein anderer Punkt: Man hat dem Kettwiger Kreis 1983 gesagt, daß er, um erfolgreich zu sein, keinen Flächenbrand organisieren solle. Dieser Flächenbrand wäre vor 14 Jahren möglich und zu organisieren gewesen. Wir haben unseren Kreis in all den Jahren unseres Protestes jedoch bewußt und aus Überzeugung klein gehalten. Heute hören wir manchmal: Ja, wenn ihr ein größerer Kreis wärt, dann ...

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
Sie stimmen sicher mit mir darin überein, daß die Bürger niemals „taktisch ausgehebelt“ werden dürfen. Sonst müßte wohl der letzte Rest eines politischen Idealismus verloren gehen.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie sind ja in Wattenscheid und Bochum und wir führen mit Ihnen ernsthafte Gespräche. Das ist gut so.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Wattenscheid wurde durch die Kommunale Neuordnung geschädigt. Der Verfassungsgerichtshof des Landes sagt zwar im Wattenscheid-Urteil vom 16.2.1976, daß nicht erkennbar sei, daß das Maß der Belastung, die das in der neuen Stadt Bochum fortlebende Wattenscheid treffe, nicht in einem vernünftigen Verhältnis zu den Vorteilen stünde, die dem Raum Wattenscheid und dem Gesamttraum erwachsen. Trotzdem kann es ja auch dem Landtag nicht gleichgültig sein, ob die Landtagsentscheidung zur Eingemeindung vom 9.7.1974 auch heute trägt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

wir möchten Ihnen daher kurzgefaßt noch einige Informationen an die Hand geben. Außerdem erhalten Sie die Fortschreibung über die Wattenscheid seit 1975 vorenthaltenen Investitionsmittel.

Die Fahrtroute wurde im wesentlichen von Bochum ausgewählt. HBV und Stadt Bochum haben sich nichts ausreden müssen. Wir haben uns bei unseren Vorschlägen vornehmlich für die Wattenscheider Innenstadt entschieden, weil dort der Grad der Vernachlässigung am deutlichsten zu sehen ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

noch einmal Dank für Ihren Besuch und - ich hoffe, Sie werden sich ein gutes Bild verschaffen können. Für Fragen stehen wir Ihnen jederzeit zur Verfügung. Glück Auf!“

I. Die Rundfahrt des Kommunalpolitischen Ausschusses am 26.2.1997

(in Klammern: B = gewünscht durch Stadt Bochum; HBV = gewünscht durch HBV):

- 01 Rathaus Bochum (B)
Beginn der fußläufigen Besichtigung

- 02 Innenstadt Bochum (B)
Husemannplatz
Dr. Ruer-Platz
Hauptbahnhof

- 03 Ruhr-Stadion Bochum (B)
- 04 Starlight-Halle (B)
Ruhrlandhalle
- 05 Museum Bochum (B)
- 06 Innenstadt West (B)
- 07 Südpark (B)
mit Hallenbad und neu gestaltetem
Kinderspielplatz
Waldbühne (B/HBV)
- 08 Kindergarten Mandelweg (B)
mit Bebauung Horneburg
- 09 Kirchscheule (B)
 - a) neue Turnhalle
 - b) Asylantenheim
 - c) Schule (sanitert/modernisiert)
 - d) S-Bahnhof Höntrop
- 10 Bezirkssportanlage Höntrop (B)
Besichtigung 1. Bauabschnitt (Hartplatz)
- 11 Bebauung Westenfelder Str./Wattenscheider Hellweg (B)
- 12 Bebauung Südstraße/Sachsenring (B)
- 13 Gesamtschule (B)
- 14 GGS Westenfeld (B)
Neubau mit neuer Turnhalle
- 15 Bahnhof Wattenscheid (B/HBV)
- 16 Märkische Schule/Pavillons (HBV)
Stadthalle Wattenscheid mit Foyer und Pausenhalle
- 17 Freilichtbühne (restauriert/saniert) mit Stadtgarten (B/HBV)

- 18 Tempo-30-Zone „Am Beisenkamp“ (B)
(Altenheim, Schule, Kindergarten, Wellenbad)
- 19 Gewerbegebiet HansasträÙe (B)
- 20 Blücherstraße (B)
- 21 Kirchstraße, Bereich der Verkehrsberuhigung (B)
mit Günnigfeld Zentrum
- 22 Hollandgelände (B)
 - a) umfangreiche Erdaustausche
 - b) Gewerbebereich mit Hotel und Eco-Textil
 - c) Wohnbebauung
 - d) Denkmal (Förderturm)
- 23 Lohrheidestadion mit Tribüne (B)
- 24 Olympia-Stützpunkt (B)
- 25 Stadtmitte (B/HBV)
 - a) neu gestaltete Fußgängerzone
 - b) Rosenviertel/Naßgelände/Tiefgarage
 - c) August-Bebel-Platz/Gesundheitsamt
 - d) Rathaus
- 26 Westkreuz (B)

Zu den folgenden Punkten hat Klaus-Peter Hüler für den HBV Stellungnahmen abgegeben:

07, 09 d und 15, 10, 16, 17, 19, 20, 22, 25 sowie zum Industriegebiet West.

II. Merkblatt zur auswärtigen Sitzung des Kommunalpolitischen Ausschusses am 26. Februar 1997 in Bochum und Wattenscheid

„Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,
zunächst möchten wir uns bei Ihnen dafür bedanken, daß Sie sich „vor Ort“ ein Bild über die kommunalen Verhältnisse in Wattenscheid machen wollen. Wir halten folgende Gründe maßgebend für unsere Forderung nach erneuter Selbständigkeit für Wattenscheid.

1. Eine Stadt ist kein technokratisches Gebilde der staatlichen Verwaltung. Sie muß getragen werden vom Ja ihrer Bürgerinnen und Bürger. Die Bürgerschaft muß von „ihrer Stadt“ sprechen. Man kann eine Stadt nicht auf Dauer gegen den Willen ihrer Bürger „regieren“.

Wattenscheid hat sich in den über 1000 Jahren seiner Geschichte zu einem Gemeinwesen entwickelt, das von seinen Mitbürgern bejaht und getragen wird. Die Beteiligung an den Wahlen in der größeren Gemeinde Bochum spricht für die demokratische Gesinnung und den praktischen Sinn der Wattenscheider Bürger, aber nicht für deren Akzeptanz des gegenwärtigen Zustandes. Radikale Parteien hatten und haben gottseidank - trotz aller Enttäuschungen - in Wattenscheid keine Chance. Seit dem 21.5.1970 (1. Ratsentscheidung in der Sache, die wie alle folgenden in Rat und Bezirksvertretung stets einstimmig erfolgten) hält der Widerstand gegen die Neuordnungspläne in Wattenscheid an. Am 19.10.1972 votierten in einer Volksabstimmung der „Bürgerinitiative Selbständiges Wattenscheid“ 93,8 % (Beteiligung 96,4 %) für die Beibehaltung der Selbständigkeit Wattenscheids. Beim Volksbegehren der „Aktion Bürgerwille“ vom 13.-26.2.1974 votierten 71,3 % für die Selbständigkeit. In der Zeit vom 16.2.-15.3.1996 fand unter der wissenschaftlichen Begleitung des Geographischen Instituts der Ruhr-Universität eine vom Rat der Stadt Bochum in Auftrag gegebene repräsentative Befragung der Wattenscheider und Bochumer Bürger u.a. zu der Frage der Wiederherstellung der Selbständigkeit für Wattenscheid statt. Insgesamt 87,7 % der in Wattenscheid Befragten votieren demnach für eine erneute Selbständigkeit. In Alt-Bochum sprechen sich 26,3 % für den Verbleib Wattenscheids bei Bochum aus, 19,3 % sind für die Wiederherstellung der Wattenscheider Selbständigkeit, 54,3 % (!) stehen einer erneuten Selbständigkeit für Wattenscheid gleichgültig gegenüber. Die Aussage der Landesregierung vom 9.12.1996 (Drucksache 12/1618) „Der Fortgang der Integration des Stadtteils Wattenscheid ist Aufgabe der Bochumer Kommunalpolitik“ ist so nicht richtig. Der Gesetzgeber hat die örtliche Verbundenheit der Einwohner“ zwingend zu berücksichtigen. Diese „Verbundenheit“ spricht für ein selbständiges Wattenscheid. Es geht bei der Wiederherstellung der Selbständigkeit Wattenscheids um kommunale Demokratie. Die Demokratie bedarf des staatsbürgerlichen Gewichts gewachsener Traditionen am Ort, um sich vernünftig weiterentwickeln zu können. Die Gemeinde muß als „demokratische Veranstaltung“ erkannt und bejaht werden.

2. Im Wattenscheid-Urteil des Landes-Verfassungsgerichtshofes vom 13.2.1976 heißt es: „Das öffentliche Wohl ist gewahrt, solange Ziele angestrebt und Sachverhalte verwirklicht werden, die dem Staat und seinen Gebietskörperschaften im Ganzen mehr nützen als schaden“. Die bei der Anhörung am 6.11.1996 im Landtag anwesenden Gutachter haben deutlich

gemacht, daß der Landtag in seinen Entscheidungen weitestgehend frei ist. Das Oberzentrum Bochum könnte ohne Wattenscheid leben, Wattenscheid könnte als selbständige Stadt ebenfalls leben. Alle Städte der Region können auf sich allein gestellt nicht überleben. Stadtgrenzenüberschreitende Kooperation und Zusammenarbeit war und ist angezeigt. Die Eingemeindung hat als „letztes Mittel“ für die Durchsetzung staatlicher Ziele zu gelten. Zur Erreichung einer leistungsfähigen Städtelandschaft im Ruhrgebiet wäre die Eingemeindung Wattenscheids nicht notwendig gewesen. Die erneute Selbständigkeit für Wattenscheid würde weder der Region noch dem Land („dem Ganzen“) schaden. Der Nutzen für die einzelnen und die Demokratie wäre allemal größer.

3. Die durch die Gebietsreform angestrebte Verbesserung der städtebaulichen Ordnung sowie der gewünschte konzentriertere Einsatz der finanziellen Mittel hat im wesentlichen zum Ausbau des Bochumer Zentrums geführt. Nur darf das städtische Leben nicht nur in der City organisiert werden. Diese Auffassung über „oberzentrale Zentralität“ hat zum Abfluß von DM 389 Mio. investiven Mitteln aus Wattenscheid geführt, die gerade in den Ausbau des Oberzentrums geflossen sind. Wattenscheid sollte vom Zusammenschluß mit Bochum profitieren. Statt dessen hat sich Wattenscheid zurückentwickelt oder verblieb - wie befürchtet - allenfalls im Status quo. Die in der Stellungnahme des Rates der Stadt Wattenscheid vom 25.1.1973 aufgeführten positiven Entwicklungslinien für Wattenscheid wurden durch die neue „Aufgabenstellung“ im Oberzentrum Bochum relativiert oder negativ verändert. Dem selbständigen Mittelzentrum Wattenscheid folgte das „Hauptnebenzentrum Wattenscheid“, das seine besondere Bedeutung auch für Bochum ständig einfordern muß. Insonderheit wurde Finanzkraft zum Ausbau des Mittelzentrums verloren. IHK-Präsident Pieper am 17.9.1996 in der WAZ: „Durch die Eingliederung nach Bochum und den Druck der Oberzentren Essen und Gelsenkirchen ist in Wattenscheid die Kaufkraft unwiederholbar verloren gegangen“. Die Entlastungs- und AUSGLEICHSFUNKTIONEN der Zentren ist nicht erreicht. Die Wattenscheider Entwicklung ist zu messen an den Perspektiven, die sich für das selbständige Wattenscheid 1974 ergaben.

4. Die ebenfalls angestrebte Verbesserung der Verwaltungseffizienz ist unserer Einschätzung nach nicht eingetreten. Es gibt keinen schlüssigen Beweis dafür, daß größere Verwaltungen auch (kosten)günstiger arbeiten. Entsprechende Untersuchungen fehlen u.W. Schon die Gutachter des Jahres 1987 mahnten eine separate Untersuchung zu dem Thema an. Das Beispiel der Wirtschaft zeigt, daß immer stärker kleinteilige Verwaltungslösungen gesucht und verwirklicht werden. Außerdem hat diese Vorgabe zur Zentralisierung von Verwaltung geführt und - trotz Datenverarbeitung - die Bürger-

wege zu weit gemacht. Ein selbständiges Wattenscheid könnte zu einem Modellfall für eine effizient arbeitende mittlere Verwaltung werden.

5. Die gewünschten **größeren politischen Entscheidungsräume** haben zu einer Entwertung der bürgernahen Entscheidungen geführt. Der Rat eines Oberzentrums ist „weit“ weg und überfordert seine Mitglieder in der detailgetreuen Wahrnehmung seiner Aufgaben. Die Bezirksvertretungen sind wichtig, verfügen allerdings nicht über die Finanz-, Planungs-, Personal- und Organisationshoheit eines Rates. Übersichtliche politische Einheiten, von ausreichend vielen Politikern gestaltet, die die Probleme vor Ort kennen und auch entscheiden können, verbessern die kommunale Demokratie erheblich.

6. Die **Konzentration der Organisations- und Finanzkraft** auf das Zentrum führt zu einem Abwandern von Behörden, Warenhäusern etc. in die City. Gerade in Wattenscheid ist das bemerkbar. Seit 1975 wurde hier Kaufkraft abgeschöpft, weil Ladenketten das Bild beherrschen. Wobei die einseitige Orientierung auf die City Bochum nach wie vor für die Wattenscheider nicht zutrifft. Die 1975 so wichtigen Pendlerströme jedenfalls können nicht Kriterium für den Verlust von kommunaler Selbständigkeit sein.

7. Die Gebietsreform war ein Konglomerat verschiedener Zielsetzungen. Sie hat sich in der Vielzahl der zu ordnenden Fälle bewährt. Wenige Fälle stehen zur politischen Korrektur an. In (fast) allen Bundesländern hat es solche Korrekturen gegeben.

Wie soll es in Wattenscheid , sollte es zu keiner Korrektur kommen, weitergehen? In Wattenscheid wurde in all den Jahren des Widerstandes der Instanzenweg eingehalten. Dieser Weg führte zur Verfassungsklage vor dem Landesverfassungsgerichtshof, führte zur Überprüfung der Neuordnungsfolgen, zu verschiedenen Initiativen im Landtag (z.B. am 13.11.1993, Befragungen in den betroffenen Gemeinden zu ermöglichen), führte zur Anhörung und jetzt zur „Bereisung“. Eine Integration Wattenscheids in Bochum erscheint aussichtslos. Denn den Gegnern der Eingemeindung von 1974 sind Menschen gefolgt, die ebenfalls die Eingemeindungsentscheidung des Landtages ablehnen.

Der Landtag sollte sich darüber freuen, daß in Wattenscheid so viel demokratisches Potential besteht, so viel Bereitschaft, sich für eine gerechte Sache einzubringen. Wir können nur darum bitten, werfen Sie trotz der „landesplanerischen Hürde“ und der „200.000-Einwohner-Grenze für Städte im Verflechtungsraum des Ruhrgebiets“ ihr Herz über die Hürde und machen Sie Wattenscheid wieder kommunal selbständig.

Klaus-Peter Hülder

III. „Ergänzende Stellungnahme zur aktuellen Diskussion um die Wiederherstellung der Selbständigkeit Wattenscheids

1. Stichwort Investitionen

Die Stadt Bochum spricht in ihrem Schreiben vom 26.2.1997 an die Mitglieder des Kommunalpolitischen Ausschusses von „bereinigten Investitionsausgaben“ und „mutmaßlichen Anteilen“.

Wir können mit dieser „Bereinigung“ und mit „Mutmaßungen“ nichts anfangen.

Die von uns vorgelegten Zahlen zu den Investitionen in Wattenscheid (s. Flugblatt „Wattenscheid finanziert Bochumer City“) werden im Umfang und Methodik von den am 16. April 1985 von Innenminister Schnoor mit der Untersuchung der Neuordnungsfolgen in den Neuordnungsbereichen des Kettwiger Kreises beauftragten Gutachtern, den Professoren Landwehrmann und Rottmann, bestätigt. Auch die Stadt Bochum hatte 1985 gegen unsere Zahlen keine Einwände. (s. S. 2 unseres o.a. Flugblatts).

Der von der Stadt Bochum ermittelte Wattenscheider Anteil von 17,82 % an den „bereinigten Investitionsausgaben der (neuen) Stadt Bochum „ (s. S. 4 des o.a. Schreibens) kann von uns so nicht bestätigt werden.

Im übrigen werden nicht, wie von der Stadt Bochum dargelegt, „die bezirksbezogenen Haushaltsansätze überwiegend nach festgelegten ‘Schlüsseln’ ... auf die Bezirke aufgeteilt“. Diese Mittel betragen für die Gesamtstadt (alle Bezirke) 1997 z.B. nur DM 6,2 Mio, während die nicht nach ‘Schlüsseln’ aufgeteilten Investitionen für die Gesamtstadt rd. DM 107 Mio betragen. Von diesen nicht ‘aufgeschlüsselt’ Investitionen erhält Wattenscheid gerade mal 7,5 %.

Mit den vorenthaltenen DM 389 Mio (s. Flugblatt) hätte Wattenscheid die meisten (auch von der Bezirksvertretung immer wieder geforderten) Projekte realisieren können. Die allgemeine Finanzmisere der Städte darf nicht zur Entschuldigung herangezogen werden, daß beim Unterhaltungsaufwand für die städtischen Gebäude (z.B. für das denkmalgeschützte Wattenscheider Rathaus) erhebliche Defizite aufgelaufen sind. Wir reden nicht von Defiziten der letzten Jahre, sondern von einer Entwicklung von 20 Jahren.

Die von uns vorgelegten Zahlen lassen sich durch die städtischen Haushaltspläne belegen. Wir können jedoch die von der Stadt Bochum vorgelegten Zahlen nicht nachvollziehen.

2. Stichwort Rücklagen Stadt Wattenscheid

In der Haushaltsrede der UWG vom 13.3.1996 heißt es auf S. 11/12 „Am 31.12.1974 hatte Wattenscheid etwa DM 10 Mio Rücklagen, Bochum etwa

DM 11 Mio. Es hätten %ual in Alt-Bochum gesehen DM 40 Mio sein müssen. Die Verschuldung betrug damals in Wattenscheid pro Kopf DM 910, in Bochum DM 1745. In absoluten Zahlen bedeutet das DM 835 pro Kopf Differenz und insges. DM 67.932.260. Deshalb auch das große Interesse Bochums an einer Eingemeindung Wattenscheids. Denn: Die niedrigere Wattenscheider Verschuldung bescherte Bochum einen größeren finanziellen Handlungsspielraum von etwa 68 Mio, ohne daß dabei die bisherige Pro-Kopf-Verschuldung von DM 1745 erhöht werden mußte. Das heißt: Die selbständige Stadt Wattenscheid hätte noch etwa DM 68 Mio Schulden machen können, wohlgemerkt in 1975, um die pro-Kopf-Verschuldung Bochums bis Ende 1975 zu erreichen! Wohlgemerkt: Verschuldung, d.h. Kreditaufnahmen.“

Die Gutachter von 1985 sagen zum Thema Rücklagen: „Wattenscheid hätte zur Gesundung des Bochumer Haushalts beigetragen, hat unter diesem Aspekt einen richtigen Kern“.

Zwei Beispiele aus den Jahren 1970 bis 1983:

Neu-, Um- und Ausbau von Straßen in WAT 1970 - 1974 jährl. DM 4,591 Mio im D. 1975 bis 1977 wurden von der Stadt Bochum keine differenzierten Zahlen ermittelt. In den Jahren 1978 bis 1983 lag der Schnitt bei jährl. nur DM 1,218 Mio. Erneuerung u. Erweiterung des Kanalnetzes in WAT 1970 bis 1974 jährl. 1,498 Mio im D. 1975 bis 1977 keine differenzierten Angaben durch Stadt Bochum. In den Jahren 1978 bis 1983 lag der Schnitt bei jährl. nur DM 875 T. Wir bleiben bei unserer Feststellung: Der Zusammenschluß von Bochum und Wattenscheid hat Wattenscheid nachweislich geschadet.

3. Stichwort „Entwicklungsziele“ Stadt Wattenscheid (s. S. 74 Gutachten Prof. Siedentopf, Prozeßbevollmächtigter der Stadt Wattenscheid):

Verstärkte Wohnbebauung um den Innenstadtring
zusätzliche Verkaufsflächen im Bereich Rosenstraße, August-Bebel-Platz
Erweiterung der in 1971/72 begonnenen Plattierung der Fußgängerzone nach Osten und Westen

Städtebauliche Verbindungsgebiete zwischen Innenstadt und Wattenscheider Süden

Konzentration von Verwaltungsgebäuden (Rathaus, Gesundheitsamt, Stadtbücherei, Jugendzentrum u.a.m.)

Brückenplanung nach Wattenscheid-Günnigfeld usw.

Viele andere Projekte wurden entweder nicht umgesetzt oder erst mit großer zeitlicher Verzögerung begonnen. Damit hinkt Wattenscheid der allgemeinen Entwicklung hinterher.

Der Versuch, die Wattenscheider Entwicklung durch eine Initiative der Wattenscheider Bezirksvertretung „Maßnahmen zur Imageverbesserung

Wattenscheids“ zu verbessern und zu beschleunigen, wurde von der Stadt Bochum im Jahre 1992 schlichtweg verboten.

4. Stichwort „Erhalt der Identität Wattenscheids“

Der Beschwerde-Ausschuß des Rates lehnt am 20.2.1991 mehrheitlich aus „verfassungsrechtlichen Gründen“ einen Bürgerantrag des HBV ab, in Wattenscheid eine offizielle Bürgerbefragung (mit informeller Wirkung) zum Thema Akzeptanz der Kommunalpolitik und Rückgemeindung durchzuführen. Erst am 3.2.1994 kann die Bezirksvertretung in eigener Verantwortung beschließen: Wattenscheids Ortsteile gehören in erster Linie zu Wattenscheid und sind insoweit stets in Verbindung mit dem Namen Wattenscheid zu nennen. Bis dahin bestand Wattenscheid offiziell nur noch aus dem ehemaligen Stadtteil „Wattenscheid-Stadtmitte“. Initiativen des HBV, die korrekte Stadtteilbenennung zu erreichen, wurden vom Rat der Stadt Bochum abgelehnt. Bei der Neufassung der Bezirkskompetenzen wurde der Bezirksvertretung auch überraschend die Benennung und Abgrenzung der Stadtteile zugestanden. Nach Beschluß der Wattenscheider Bezirksvertretung wurde ihr diese Kompetenz wieder genommen. Die offiziellen Stadtteilbezeichnungen blieben (bislang) erhalten.

Strittige Fragen im Verhältnis Bochum / Wattenscheid sind:

- Die Flaggenfrage (Wann darf die alte Wattenscheider Stadtfahne gehißt werden?)
 - Die Ortseingangsschilder (Warum darf „Wattenscheid“ - wie in anderen Städten - nicht vor „Stadt Bochum“ stehen?)
 - Die innerörtliche Wegweisung (Warum muß vor jeder Nennung eines Wattenscheider Stadtteilnamens immer „BO“ stehen?)
 - Die Statistik (Warum gibt es in den statistischen Jahrbüchern der Stadt Bochum keine Hinweise auf das Wattenscheid von 1945 - 1974?)
 - Das Repräsentationsmonopol des OB
 - Der Name Wattenscheid in offiziellen Jahrbüchern/Atlanten etc.
 - Kompetenz in Fragen des Denkmalschutzes und Kompetenz in Fragen der Auftragsvergaben (obsiegende Klage Bezirksvertretung vor dem Verfassungsgerichtshof NW ./.. Rat der Stadt Bochum)
 - Erhalt städtischer Ämter in Wattenscheid (z.B. Standesamt)
- Kampf um Wattenscheider Einrichtungen (Bußmannsweg-Bad, Freilichtbühne usw.)
- „Sicherung“ Hauptnebenzentrum/Mittelzentrum Wattenscheid usw. usw.

5. Stichwort „Eingemeindung“

Der Landtag beschließt am 9.7.1974 „die beiden Städte Bochum und Watten-

scheid zur neuen Stadt Bochum zusammenzuschließen“. Maßgebende Kriterien für den Beschluß des Landtages: Stärkung des Oberzentrums Bochum, Sicherung Wattenscheids als Mittelzentrum, Verbesserung der städtebaulichen Ordnung, Verbesserung der Kommunikationssysteme, Verbesserung der Verwaltungseffizienz, Verbesserung in der Versorgung der großstädtischen Bevölkerung, größere politische Entscheidungsräume, konzentrierter Einsatz der finanziellen Mittel (s. dazu „Merkblatt zur ausw. Sitzung ... am 26.2.“)

6. Stichwort „Städteverbandsmodell“

Der Rat der Stadt Wattenscheid erklärt am 25. Januar 1973:

„Der Vorschlag (d. IM) hält alternativ die Lösung der im Neugliederungsraum Ruhrgebiet anstehenden Probleme durch einen neuartigen Städteverband für möglich. Der IM persönlich meint, das Städteverbandsmodell sei die bessere Lösung. Dieser Auffassung des Ministers ist zuzustimmen. Das Städteverbandsmodell kann für sich in Anspruch nehmen, 'der spezifischen Gliederung des Ruhrgebietes und den Besonderheiten eines solchen Verdichtungsraumes im organisatorischen Bereich Rechnung zu tragen' (so Siedentopf, Gutachten Teil II, Gliederungsziffer 4.). Die im Vorschlag (S. 314 ff.) vorgesehene Aufgabenverteilung beweist, daß überörtliche und regionale Aufgaben nicht dazu zwingen, leistungsfähige Mittelstädte einzugemeinden. Diese Aufgaben können unter Beibehaltung des bisherigen Organisationsschemas durch Städteverbände gelöst werden. ff. „

Eine solche Lösung hielten wir auch heute noch für sinnvoll. Auch ein Kommunalverband Ruhrgebiet, der von den Gemeinden übertragene überregionale Aufgaben wahrzunehmen hätte, wäre sinnvoll.

Auch könnte ein wieder kommunal selbständiges Wattenscheid besondere Beziehungen zu Bochum unterhalten, um damit auch der Stellung Bochums als Oberzentrum zu genügen.

Bochum kann ohne Wattenscheid „überleben“.

Die Region und Bochum brauchen zur weiteren Entwicklung kein eingemeindetes Wattenscheid. Wattenscheid könnte auch ein Modellfall für eine Mittelstadt sein, mit effektiv arbeitender Verwaltung und bürger- und problemnahen Ratsmitgliedern.

Wenn die Gutachter Ipsen und Oebbecke dem Gesetzgeber sogar die Möglichkeit einräumen wollen, besondere Regelungen für Wattenscheid zu treffen (eigene Bezirksverfassung etc.), dann sollte dies auch für eine regionale Lösung gelten, die den landesplanerischen Zielsetzungen nicht widerstreitet (z.B. Städteverband Bochum).

7. Stichwort „Demokratie“

Prof. Ipsen am 6.11.1996 (s. S. 23 Protokoll der Landtagsanhörung): „Man muß die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts so interpretieren, daß die fehlende Akzeptanz in der Lage ist, die Gesichtspunkte des Vertrauensschutzes gewissermaßen zu überwiegen.“

Die fehlende Akzeptanz der Wattenscheider Bevölkerung sowie deren Wunsch nach erneuter kommunaler Selbständigkeit sind eindrucksvoll belegt. In Alt-Bochum hat die Mehrheit der Bevölkerung keine Einwände gegen eine erneute Selbständigkeit Wattenscheids. Eine Zustimmung der Bevölkerung zu „ihrer“ Stadt/Heimat ist unverzichtbar. „Wenn gewissermaßen der Zufall oder der opportunistische zustandegekommene Zuschnitt einer Stadt genügt, dann schaffen wir in einem ideellen Sinne die Gemeinden als Willenserklärung von loyalen Staatsbürgern ab und machen aus ihnen Abteilungen eines Staatsapparates mit Good-will- und Versorgungsfunktionen derjenigen, die einen Job namens Stadt 'machen' „ (zitiert nach Begrüßungsansprache HBV beim Besuch des Kommunalpolitischen Ausschusses am 26.2.1997).

Kommunale Gebietsfragen haben eine besondere politische Qualität. Deshalb gab es in der alten GO den § 14 (18.7.1967 abgeschafft), der die Mitwirkung der Bürger bei Gebietsneuordnungen zwingend vorschrieb. In anderen Ländern (Schweden oder der Schweiz) sind gebietliche Korrekturen nur mit Zustimmung der Bürger möglich.

Andere Bundesländer kennen sogenannte „politische Korrekturen“ bei der kommunalen Neuordnung (so bereitet Bayern soeben das 5. Korrekturgesetz vor).

Bei Verabschiedung des Ruhrgebietsgesetzes haben Vertreter aller Parteien auch vorgetragen, bei Bedarf evtl. Korrekturen vornehmen zu wollen.

Der Landtag, unsere Volksvertretung, kann - ohne Schaden für das Land und mit Gewinn für die Glaubwürdigkeit der Politik und der Demokratie - in den bekannten begründeten Einzel-Fällen solche pol. Korrekturen vornehmen.

Wir bitten Sie recht herzlich: Korrigieren Sie die Eingemeindungsentscheidung im Falle Wattenscheid.

Wattenscheid, 18. März 1997.

Klaus-Peter Hülder

Die Presse berichtete:

Was denken die Alt-Bochumer Parteien über die Rückgemeindung?

Post in Sachen Rückgemeindung haben die Alt-Bochumer Parteien bekommen. Der Heimat- und Bürgerverein Wattenscheid macht in diesen Briefen auf die eindeutige Haltung der Wattenscheider Bevölkerung zugunsten einer erneuten Selbständigkeit aufmerksam und fragt die Parteien danach, wie

diese die zur Zeit anhaltende Diskussion im Landtag zur Rückgemeindung mitgestalten wollen und in welcher Weise diese auf die Aussage der Landesregierung reagieren wollen, wonach „der Fortgang der Integration des Stadtteils Wattenscheid Aufgabe der Bochumer Kommunalpolitik“ sei. Diese Antwort hatte Heinz Wirtz (SPD-MdL) auf eine entsprechende Anfrage von der Landesregierung erhalten. Der HBV schreibt: „Die konkrete Kommunalpolitik in Bochum ignoriert vollständig, daß eine Stadt kein (ausschließlich) technokratisches Gebilde der staatlichen Verwaltung sein kann und darf und daß die örtliche Verbundenheit der Einwohner für eine demokratische Entwicklung und das öffentliche Wohl unverzichtbar sind. Die Bürgerinnen und Bürger Wattenscheids wollen keine Bochumerinnen und Bochumer sein“. Für den HBV erscheint die Integration Wattenscheids in die neue Stadt Bochum ausgeschlossen und gibt den Parteien die Empfehlung, „ihrerseits vom Landesgesetzgeber die Trennung der Städte Bochum und Wattenscheid“ zu verlangen. Der HBV fragt die Bochumer Parteien: „Halten Sie die Zustimmung der Wattenscheider Bevölkerung zur neuen Stadt Bochum für verzichtbar? Welchen Sinn hätte ohne diese Zustimmung dann aus Ihrer Sicht der Zwangs-Zusammenschluß von Bochum und Wattenscheid?“. Der HBV möchte nach den grundsätzlich positiven Stellungnahmen der Wattenscheider Parteien zur Rückgemeindung auch die Alt-Bochumer Parteien zu einer klaren Stellungnahme veranlassen.

Die Presse berichtete:

Erfolg oder Mißerfolg?

Vorstand und Beirat des Heimat- und Bürgervereins Wattenscheid werten den Besuch des Kommunalpolitischen Ausschusses in Wattenscheid als Erfolg. Mit Genugtuung und Freude wurde zur Kenntnis genommen, daß der zuständige Fachausschuß des Landtages nach 20 Jahren unermüdlicher Arbeit und Initiativen der HBV-Vorstandsmitglieder Carl-Friedrich Beckmann und Klaus-Peter Hülder nach Wattenscheid gekommen ist. Die Rückgemeindungs-Arbeit des HBV in Wattenscheid und im Kettwiger Kreis schuf z.B. die politische Grundlage für die Beschluß der Bezirksvertretung, vom Rat der Stadt Bochum eine offizielle Bürgerbefragung zum Thema Rückgemeindung zu fordern. Nach der offiziellen Anhörung im Landtag, bei der der HBV am 6.11.1996 für Wattenscheid die Forderung nach Rückgemeindung vortrug, war nach Meinung des HBV-Vorstandes der Vor-Ort-Termin am 26.2. der vorläufig letzte Höhepunkt einer langen Entwicklung, in der Bevölkerung, Parteien und Verbände in Wattenscheid einmütig gegen die Eingemeindung stritten. Der HBV geht davon aus, daß der Ausschuß nunmehr die vorgetragenen Argumente ernsthaft gewichtet und am Ende im Landtag eine Entscheidung getroffen wird, die dem Wunsch der Wattenscheiderinnen und

Wattenscheider Rechnung trägt. Immerhin haben in der offiziellen Befragung 87,7 % der Bevölkerung für Wattenscheid votiert und in dieser Frage hat auch die Mehrheit der Alt-Bochumer Bevölkerung deutlich gemacht, daß sie gegen eine Verselbständigung Wattenscheids keine Einwände hat. Der HBV dankt vornehmlich Klaus-Peter Hülder für seine Einsätze am 6.11. und 26.2. und wird die parlamentarische Arbeit des Landtages in der Sache intensiv begleiten, z.B. mit weiteren Informationen, die die Parlamentarier-Fragen vom 26.2. aufgreifen. Der Kettwiger Kreis trifft sich am 10.3.1997, um die neue Lage zu beraten. Eine vorläufige Klärung erwartet der HBV im Mai d.J., wenn die CDU-Landtagsfraktion - wie geplant - ihre Haltung zur Rückgemeindung vortragen wird.

1996: Ein erfolgreiches Jahr für den HBV

Die Presse berichtete:

Bunt gemischt, lebhaft und abwechslungsreich gestaltete sich die Jahreshauptversammlung des Heimat- und Bürgervereins Wattenscheid, die am 12. März im vollbesetzten Saal des Gertrudishauses stattfand. Im Mittelpunkt des jetzt 683 Mitglieder zählenden Vereins standen ein außerordentlich kurzweiliger Vortrag von Archivar Andreas Halwer über „Wattenscheid und seine Stadtteile“, der den besonderen Zusammenhalt Wattenscheids beleuchtete, und der Bericht von Klaus-Peter Hülder über den „Besuch des Kommunalpolitischen Ausschusses des Landtages zum Thema Rückgemeindung“, der den Verein mit Stolz erfüllt, da dieser Vor-Ort-Termin den vorläufigen Höhepunkt eines 20jährigen Engagements um die Rückgemeindung bedeutet. Gespräche zwischen den Landtagsfraktionen und dem HBV in der Sache stehen an. Neu in den Vorstand gewählt wurde Edith Lewe, die zur neuen Schatzmeisterin des Vereins gewählt wurde, nachdem zuvor nach einem detaillierten Kassenbericht dem Vorstand einstimmig Entlastung erteilt worden war. In ihren Ämtern bestätigt wurden die Kassenprüferinnen Hilde Kahl und Inge Laaser. Die Finanzen des Vereins sind wohlgeordnet. Angeregt wurde in der Versammlung eine moderate Anhebung der Beiträge um DM 0,50 bzw. DM 0,25, die immer noch bei DM 1,50/DM 0,75 pro Monat liegen. Doris Hülder berichtete über die regelmäßigen Zusammenkünfte des Frauentreffs, zu denen auch Besuche bei Veranstaltungen in der Nachbarschaft gehören. Franz-Werner Bröker berichtete über die Bedeutung des Gertrudispreises für Wattenscheid und über die Herausgabe der beiden neuen Bücher zum Thema „Gerhard Vynhoven und seine Stiftung Klein-Jerusalem“ (eine Geschichte der Sevinghauser Bartholomäuskapelle) und „Wattenscheider Straßengeschichten“, die sich als Renner erwiesen haben und jüngst lobend in der Zeitschrift „Heimatpflege in Westfalen“ besprochen wurden. Außerdem be-

16

richteten die zuständigen Vorstandsmitglieder über Vortragsveranstaltungen, Samstagsbesuche, Reisen, Tagesfahrten, kommunalpolitische Interventionen, Infostände, die Bemühungen um einen Burgenwanderweg, Kontakte mit Ministerien und überregional tätigen Verbänden und Vereinen usw. Neben der Fortführung der bewährten Veranstaltungsfolgen plant der HBV in 1997 die Herausgabe eines neuen Museumsführers für das Heimatmuseum Helfs Hof (Autor F. W. Bröker) und die Gestaltung eines „Wattenscheider Stadtrundweges“ (Idee Gerhard Lutter). Der interessierten Bevölkerung soll Gelegenheit gegeben werden, sich anhand von eingängigen Informationen ein Bild über die Wattenscheider Geschichte zu machen. Auch wird es in 1997 wieder eine Studienfahrt geben (11.-15.10. in das Elsaß). Propst Paul Neumann machte auf die an diesem Wochenende anstehende Begegnung und besondere Bedeutung der Beziehungen zwischen den Partnergemeinden von Nivelles und Wattenscheid aufmerksam. Angeregt wurde von den Versammlungsteilnehmern, die neue Postleitzahl dazu zu nutzen, in der letzten Zeile der Postanschrift nur noch die Bezeichnung „Wattenscheid“ zu verwenden. Außerdem sollte für die dringend notwendige Reparatur des berühmten Gertrudisfensters im Alten Rathaus unter den Wattenscheider Glasern nach Sponsoren „Ausschau gehalten werden“. Vorsitzender Carl-Friedrich Beckmann lobte den Fleiß seiner Vorstandsmitglieder und zeigte sich erfreut über die kulturelle und politische Bedeutung, die der HBV in Wattenscheid im 27. Jahr seines Bestehens erreicht habe. (kphü)

Trier-Reise: Ein Erlebnis

Trier, die älteste Stadt Deutschlands, war dem Heimat- und Bürgerverein Wattenscheid im Rahmen seiner traditionellen Tages- und Studienfahrten am 26.4. eine Reise wert. Die nach wenigen Tagen ausgebuchte Fahrt wurde geführt durch Manfred Hildebrandt, studierter Archäologe und Archivar von Herne, der die Wattenscheider schon einige Male gelegentlich der sehr beliebten „Samstagsbesuche“ durch Schloß Strünkede, die Siedlung Teutoburgia und durch das historische Eickel geführt hatte. Detaillierte Führungen durch das Amphitheater (bot einstens Platz für fast 20.000 Besucher), die Kaiserthermen (mit ihren ausgeklügelten Bewässerungs- und Erwärmungssystemen) und die altherwürdige Porta Nigra (mit ihren kirchlichen Umbauten aus mittelalterlicher Zeit) sowie der Konstantins-Basilika (mit ihren riesigen Ausmaßen) standen für das römische Trier. Außerdem besuchte die Gruppe den Palastgarten, die Doppelkirchenanlage mit dem Dom (Heilig-Rock-Kapelle!) und der Liebfrauenkirche (eine der beiden ältesten gotischen Kirchen Deutschlands) und den Hauptmarkt mit St. Gangolf, Marktkreuz und Petrusbrunnen und seinen wunderschönen Bürgerhäusern aus verschiedenen Jahrhunderten. Die Rückfahrt führte durch das Moseltal bis nach

Bernkastel-Kues und von dort zur Abtei Maria Laach, die in ihrer reinen romanischen Form (erbaut 1093) heute noch erhalten ist. Die Teilnehmer hatten das große Glück, das Nachtgebet der Mönche miterleben zu können. Die Tagesfahrten werden unter der Leitung von Klaus-Peter Hülder, stellv. Vorsitzender des HBV, fortgesetzt.

Die Teilnehmer der Studienfahrt nach Trier im Amphitheater: Links im Bild unser sachkundiger Begleiter Manfred Hildebrandt.

Wir laden ein: Studienfahrt in das Elsaß

vom 11. - 15. Oktober 1997

Die diesjährige Studienfahrt des Heimat- und Bürgervereins Wattenscheid führt in diesem Jahr in der Zeit vom 11. - 15. Oktober 1997 in das Elsaß. Neben einer Ganztagsführung in Straßburg (Straßburger Münster, Frauenhaus, Gerberviertel, Place Kleber usw.) gibt es eine Ganztagesexkursion nach Colmar (Rheinebene, Rathaus in Benfeld, Ebersmünster, Schlettstadt, Isenheimer Altar etc.) und eine ganztägige Vogesenrundfahrt (Molsheim, Rosheim, Obernai, Mont St. Odile, Haut-Koenigsbourg mit Grand Bastion etc.). Außerdem ist der Besuch einer Weinkellerei vorgesehen. Der Reisepreis für die Unterbringung in einem 3-Sterne-Hotel in Straßburg, Halbpension, alle Führungen, Eintritte im Rahmen der Führungen, Reiseliteratur, Versicherungen, Infomaterial und Busfahrt in einem Luxusbus mit WC beträgt DM

860,- p.P. Einzelzimmerzuschlag DM 200,--. Die Reiseleitung hat Klaus-Peter Hülder. Interessenten werden gebeten, sich unter Telefon Wattenscheid 82170 zu melden.

Josef Reding:

Die Region und ihre ausländischen Mitbürger

Rede im Rahmen des Bürgertages Ruhrgebiet am 1. Juni 1996 in Castrop-Rauxel. Wir danken dem mit dem Ehrentitel „Bürger des Ruhrgebiets“ ausgezeichneten Schriftsteller Josef Reding für seine Einwilligung, den folgenden Vortragstext im HBV-Mitteilungsblatt „Der Wattenscheider“ veröffentlichen zu dürfen. Damit wollen wir als freundlich-kritischer Begleiter der Arbeit des Vereins „pro Ruhrgebiet“ einen Beitrag zur notwendigen Gemeinschaft von Deutschen und sogenannten „Ausländern“ im Revier leisten.

„Liebe Gastgeber, liebe Gäste,
„pro Ruhrgebiet“ hat mich gebeten, mir Gedanken zu machen über das Thema „Die Region und ihre ausländischen Mitbürger“. Ich habe diese Aufgabe angenommen. Schon die Formulierung „Die Region und ihre ausländischen Mitbürger“ war mir eine Herausforderung. Ich möchte mich von außen, in konzentrischen Kreisen, dem Dachthema nähern.

Ausländisch. Das Ausland. Im Mittelhochdeutschen heißt Ausland „Elend“. In der Liedzeile „...wenn ich im Elend bin“ klingt die Trauer über die verlassene Heimat nach.

Wann ist der Begriff „Ausland“ für uns besonders bedrückend?

Wenn das Ausland uns besiegt hat und wir den Ausländern als Verlierer ausgeliefert sind. Aber selbst in diesem Zustand muß es nicht „vae victis“ heißen. Auch unter Besatzungsbedingungen können heilsame Veränderungen bei den Besetzten zustandekommen. Unser lebensfähiges und lebendiges Land Nordrhein-Westfalen würde es nicht geben, wäre es nicht am 23. August 1946 durch Order der britischen Militärregierung gewissermaßen „verfügt“ also „zusammengefügt“ worden.

Und wie wirkte sich auf unsere Region die napoleonische Besatzung von 1806 bis 1813 aus? Negativ, wenn man zum Beispiel an die Zwangsrekrutierung der jungen Männer dieses Landstrichs denkt. Aber den rücksichtslosen Einsatz ihrer Landeskinder bis hin zu ihrem Verkauf nach Übersee konnten deutsche Fürsten noch eindringlicher und folgenreicher befehlen.

Aber förderlich wirkte sich bei uns während der napoleonischen Aera der „code civil“ aus. Das von Napoleon verfaßte Gesetzeskonvolut begünstigte

die Reformen in Preußen und seinen Provinzen, erweiterte den Freiheitsbereich aller Bevölkerungsschichten, machte die Wirtschaft offener und die Gewerbe zugänglicher und den Besitz verteilter und fließender. Selbst die Bauernbefreiung 1807 unter dem Freiherrn vom Stein ist ohne Napoleons Einfluß nicht denkbar. Der Freiherr, von seinem König Friedrich Wilhelm dem III entlassen, wurde auf Hardenbergs Empfehlung und mit Unterstützung Napoleons Erster im preußischen Kabinett, wo er seine Reformen wenigstens anbahnen konnte, bis auch Napoleon ihn verbannte.

Und noch ein Gedanke zu diesem Komplex Ausland. Ich spreche vom blockierten ausländischen Einfluß auf uns als verpaßte geschichtliche Chance.

Auf unserem Weg nach Castrop zur Schule schmetterten wir Jungen häufig Victor von Scheffels superpatriotischen Text „Als die Römer frech geworden...“

Wer will die List und den Wagemut des Arminius schmälern, der 9 nach Christus die drei Legionen und fünf Kohorten des Varus schlug?

Wer will den Arbeitseifer des glücklosen Ernst von Bandel anzweifeln, der Jahrzehnte seines Lebens und sein Vermögen an das gigantomanische „Hermannsdenkmal“ hingab?

Aber dieses Gebilde mit dem 9 Meter langen Schwert seines germanischen Helden steht auch für 700 Jahre verspätetem und vorher abgewehrten Einzug von Bäderkultur, von Hortologie, von Architektur mit Ziegel und Fensterfront und Patio, mit Malerei und Skulptur, mit Arithmetik und metrischer Poesie. Von Hamm bis Hannover, von der Ravensburger Mulde bis hin zur Münsterschen Bucht entstanden keine so urbanen Manifestation wie wir sie an Trier, Koblenz, Köln ablesen können. Und unser Menschenschlag? Johannes Rau, der in seinen Festreden gern vom schwerblütigen Rheinländer und leichtfüßigem Westfalen spricht, würde, wenn Armin nicht gewonnen hätte, Beifall für das Festhalten einer Realität bekommen.

Erst mit der Invasion der Karolinger vom Westen her und Bonifatius mit seiner geistlichen Entourage begann sich der abgeschirmte Raum mit jenen Elementen zu füllen, die von Griechenland und Rom die abendländische, die europäische Kulturgrundierung schufen.

Soweit zum oft mißverstandenen, oft dämonisierten Begriff Ausland. Und wie steht es heute bei uns mit den „Ausländern“? Warum muß man überhaupt noch über ein Thema sprechen wie „Die Region und ihre ausländischen Mitbürger“? Wir hier im Ruhrgebiet müßten doch längst eingeübt sein im Zusammenleben mit Menschen aus vielen Nationen, Kulturkreisen, mit verschiedenen Sprachen und Herkünften. Und wir müßten wissen, daß es keine Regionalgeschichte ohne welthistorische Perspektiven gibt. Jakob Burckhard: „Das wahrste Studium der vaterländischen Geschichte wird dasjenige sein, welches die Heimat in Parallele und Zusammenhang mit dem Weltgeschicht-

lichen und seinen Gesetzen betrachtet...“

Die Welt und das Ruhrgebiet. Die 5,9 Milliarden Menschen auf unserem Erdball und die sieben Millionen hier im Revier. Wir kommen jetzt um einige Zahlen nicht herum, um ein Quentchen Statistik. Ich darf mich im folgenden wesentlich auf die umsichtig erarbeiteten Beiträge von Frau Dr. Vera Behr beziehen, die sie im Hause des Kommunalverbandes Ruhrgebiet erstellt hat. Kursorisch zurück in die Gründerjahre. Frankreichs 5 Milliarden fließen zum großen Teil in die hypertrophe Kohleförderung und Stahlerzeugung. Das Ruhrgebiet braucht Arbeiter. Das heimische Potential an Arbeitskräften, einschließlich der fest einkalkulierten Kinderarbeit, ist ausgeschöpft. Es wird außerhalb der Reviergrenzen massiv geworben. Die Angeworbenen waren preußisch-deutscher; russischer oder österreichischer Staatsangehörigkeit. Für die Alteingesessenen im Ruhrgebiet hießen sie die „Polen“, auch wenn sie aus Masuren, Schlesien, Posen oder Litauen stammten. Diese „Polen“ die Männer bekamen im Idiom den Sammelnamen „Stachu“ - zählten bis zum I. Weltkrieg etwa 450000 Menschen, die später ihre Angehörigen nachkommen ließen. Den „Polen“ wurde es schwer gemacht, im Ruhrgebiet heimisch zu werden. Zwar vervielfachten sie die Einwohnerzahl und verstärkten den wirtschaftlichen Sockel von Städten wie Bottrop und Gelsenkirchen, Dortmund und Essen, Bochum und Duisburg, aber sie blieben doch bis in die zwanziger Jahre unseres Jahrhunderts in Vereinen, Gemeinden, Kirchenchören, ja, in eigenen polnischen Ruhrgebietsgewerkschaften ghettoisiert. Die Spottgesänge wie die „Polenhochzeit“ dominierten: „Und iss sich Kohle hart wie Stein, dann nimmt sich Stachu Krankenschein, und iss sich Kohle weich wie Mist, dann macht sich Stachu Überschicht“, oder „Rot, weiss, blau - Polackenfrau!“

Durch Arbeit und einfache Lebensführung, aber auch durch Mitwirkung in Verbänden bis hin zur Kommunalpolitik gewannen die Zugewanderten nach und nach Respekt. Und als schließlich in den dreißiger Jahren Fritz Szepan und Ernst Kuzzora „auf Schalke“ für Schlagzeilen sorgten und über die Grenzen des Ruhrgebiets hinaus in Wort und Bild gewürdigt wurden, da waren die „Polen“ selbst für „knorrige und verwurzelte Bauern“ im Kreis Recklinghausen oder Unna schwiegersohnfähig.

Übrigens zogen nicht nur aus dem Osten Scharen von Arbeitswilligen in den Raum beiderseits der Emscher. Niederländer, Franzosen, Belgier und Iren erhöhten den „auslandsstämmigen“ Bevölkerungsanteil im Revier

Einen besonderen Akzent verdient der Zuzug ausländischer Unternehmer wie der Ire William Thomas Mulvany. Mulvany gründete in Castrop, Herne und Gelsenkirchen Zechen mit den irischen Namen „Erin“, „Shamrock“ und „Hibernia“, brachte eine Crew von Fachleuten des Bergbaus wie den Meister-Abteufer Curlson mit und bescherte dem Ruhrgebiet die Castroper Pferderennbahn, die noch bis nach dem 2. Weltkrieg beschickt wurde.

Also: das Miteinander im Revier mußte in der Geschichte der Industrialisierung eingeübt werden. Diese Einübung wurde vollzogen und ist als Modell, als Grundmuster für heute vorhanden.

Zusammengenommen beträgt der Ausländeranteil im Ruhrgebiet 593 617 Menschen, einschließlich Studenten und Flüchtlinge. Die meisten Zuwanderer wurden im Anfangsstadium der akzellerierten Wirtschaftsentwicklung der Bundesrepublik Deutschland zu uns „heineingeworben“. Ganz offiziell und mit staatlicher Anstrengung. Da sind die „Anwerbeverträge“: 1955 mit Italien, 1960 mit Spanien und Griechenland, 1961 mit der Türkei, 1964 mit Portugal, 1965 mit Tunesien und Marokko und 1968 mit Jugoslawien.

Der Anteil der „ausländischen Mitbürger“ - falls ich diese Bezeichnung jetzt noch gebrauche, steht sie bei meinem Referat in Anführungszeichen - beträgt heute 10,7 Prozent der Gesamtbevölkerung des Ruhrgebiets. Also knapp jeder elfte Ruhrgebietsbewohner stammt aus dem Ausland oder ist hier geboren und hat ausländische Eltern.

Und da sollten wir es nicht schaffen, diese Zuwanderer bei uns so heimisch zu machen, daß sie ganz einfach Mitbürger werden ohne „ausländisch“, ohne das Präfix „Mit“?

Unter Bürger verstehe ich nicht den Bourgeois in abgezirkelten Besitzverhältnissen und einer Standes-Aura. Unter Bürger begreife ich in diesem Zusammenhang den citoyen, der citoyen der Stadt, der cité, die das Ruhrgebiet als grande cité ja darstellt. Dieser citoyen sollte in allen Schichten des Volkes, in allen Gruppierungen der Gesellschaft zu suchen sein, Der citoyen, der in der Typologie nicht ab-und ausgegrenzt werden kann nach Ahnenreihen, nach Einheimischen oder Gästen. Der Bürger, der sich engagiert in Fragen seiner Umgebung, seiner Kommunität, in Fragen, die mit der Gemeinschaft der Menschen, spricht: mit der Gesellschaft zu tun haben.“Sehr viele Zuwanderer der ersten Generation sind längst Einheimische mit ausländischen Paß“, schreibt Vera Behr, „das gilt erst recht für ihre Kinder-und Kindeskinde.“

Wie kommen wir also zu unserem Bürger ohne Marginalien, ohne vernebelndes Wort-Beiwerk? Durch ständige Gesetzesänderungen? Durch immer neue Forderungen der Ministerien nach Verschärfungen, Deformationen, Neuvorlagen?

Ich denke, wer mit wachsender Umtrieblichkeit immer neue Gesetzestexte inflationär produzieren will und produziert, hat kein glaubhaftes Vertrauen zur Stabilität und regulativen Kraft des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland.

Und wie sieht es an dieser Stelle mit der Einflußnahme der Politiker auf den Integrationsprozess aus? Es fällt mir leicht, der Versuchung zu widerstehen, in eine generelle Politikerschelte zu verfallen. Wenn man beruflich viel in anderen Ländern und Hemisphären zu Gast ist, kommt man versöhnt mit

manchen politischen Gegebenheiten hierzulande zurück. Zudem haben wir Bürger des Ruhrgebiets im Verlauf der Geschichte des Reviers nicht zuviel oder gar alles von den Politikern zu erwarten. In diesem Kontext liegt mir ein sympathisches Bekenntnis über die Grenzen der Macht des Politikers vor: „Der Politiker bleibt, solange er lebt, immer unfertig. Er ist in der Erreichung dessen, was er erstrebt, zu sehr auf die Mitwirkung anderer angewiesen. Die sind unberechenbar und schwankend. Er hat mit zufälligen Störungen, wie der Landwirt mit Witterungsumschlägen, zu tun.“

Wer mag das gesagt haben?

Es war Otto von Bismarck 1887 gegenüber Hermann Hofmann, dem Chefredakteur der „Hamburger Nachrichten“.

Wenn wir schon auf der Suche sind nach Fermenten, die eine Einbürgerung ins Revier beschleunigen könnten, dann könnten wir im wahren Wortsinn bei unseren Jüngsten „in die Schule“ gehen und erleben wie man miteinander zum Kumpel wird. Ein Eigenerlebnis: es gibt seit 1988 eine Josef-Reding-Schule in Holzwickede. Nehmen Sie es mir bitte ab, daß ich dachte, ich wäre schon unter der Erde, als mir die Direktion mitteilte, daß Schülerschaft, Lehrerkollegium und Eltern einstimmig beschlossen hatten, für die Schule meinen Namen zu übernehmen. Aber im Gegensatz zu meiner Vermutung, ich wäre schon tot, hält mich die Holzwickeder Hauptschule sehr lebendig. Ich bin häufiger in ihr zu Gast und Entlaßschüler besuchen mich für einige Stunden in meinem Arbeitszimmer. Seither weiß ich, was an Schulen, besonders Grund, Haupt- und Gesamtschulen, an selbstverständlicher und unspektakulärer Integrationsarbeit geleistet wird, in den Klassen, in den Theater-AGs, in den Chören, bei Projektwochen.

Am 23. Mai 1996 besuchte Bundespräsident Roman Herzog die Anne-Frank-Gesamtschule in Dortmund. Anteil von Kindern, die aus dem Ausland stammen: 50 Prozent. Im Geschichts-Leistungskurs nahm Roman Herzog am Lehrgegenstand „Die Geschichte des Osmanischen Reiches“ teil. Anschließend beriet er sich mit Schülern, Lehrern, Eltern und Vertretern der „Regionalstelle zur Förderung ausländischer Kinder und Jugendlicher“. Schülersprecher Adam Almaz anschließend: „Wie gut, daß der Bundespräsident kein Außerirdischer ist. Ich habe ihm aus Versehen auf den Fuß getreten, und da habe ich gemerkt, daß er auch nur ein Mensch ist...“

Nun, es wird nicht nötig sein, daß wir uns gegenseitig auf die Füße treten, um zu merken, daß wir es mit Menschen zu tun haben. Alles, was uns einander näher rücken läßt, ist willkommen. Gemeinsames Handeln zum Beispiel. Auch hier wieder ein Stück Alltag „vor Ort“. In Dortmund-Mengede steht das Krankenhaus Hausemannstift vor dem Aus. Vor einem Monat demonstrierten einige tausend Bürger für „ihr Krankenhaus“, das ein Jahrhundert lang für diesen Stadtteil wie selbstverständlich nahes medizinisches Refugium war. Unter den Protestierenden eine große Gruppe von Angehörigen des deutsch-

türkischen Vereins, die Schulter an Schulter mit den Ärzten, Schwestern, Krankenpflegern und Demonstranten für ein Hausemannstift kämpften, das auch für sie und ihre Frauen und Kinder wichtig und ein Stück Heimat geworden war.

Wann ging es dem Ruhrgebiet, wann ging es Deutschland gut?

Wenn zugewandert wurde.

Wann ging es dem Ruhrgebiet, wann ging es Deutschland schlecht?

Wenn ausgewandert werden mußte, wenn politisch andersdenkende Menschen hinausgejagt wurden, wenn Menschen um ihrer Religion und Rasse willen gejagt, gefoltert und getötet wurden.

Jeder Zuwanderer, der guten Willens ist, bringt etwas mit, zum mindesten seine Arbeitskraft und Arbeitsbereitschaft. Aber darüber hinaus hat er weitere Mitgift: seine Herkunft, seine Sprache, seine Gebräuche. Wir sollten nicht verlangen, daß sie diese Merkmale über Nacht löschen, um sich so rasch wie möglich zu assimilieren, um 100 Prozentiger Deutscher zu werden? Warum soll jemand, der seine Heimat aus existenziellen Gründen - vielleicht aus dem Grund des Überlebens - verlassen und eine andere gesucht und bei uns gefunden hat, nicht gut von b e i d e n Beheimatungen denken. Warum immer diese Forderung nach 100 Prozentigkeit. Ich bin von meiner Geburt in dieser Stadt Castrop-Rauxel Deutscher, aber doch nicht 100 Prozentig. Ich muß mir als Schriftsteller - und das gilt für alle - in jeder Zugehörigkeit, in jeder Institution ein kritisches Prozentual und Potential vorbehalten, dem Staat gegenüber, der Gewerkschaft, der Kirche, der Politik, dem Verein. Ich muß mich doch nicht mit Haut und Haar dubiosen „Führern“ überantworten, die mir befehlen, ihnen zu folgen bis in die Apokalypse hinein, wie es uns in unserem Volk noch vor wenig mehr als einem halben Jahrhundert zugemutet wurde! Wir sind hier an einem guten Ort. Von hier aus wurde sehr früh nach dem Zweiten Weltkrieg das beherzte Ja zu Europa, zur Gemeinschaft der Völker gesagt.

Die Jahrtausendwende ist zum Greifen nahe. Entweder schaffen wir es, in einer Familie Mensch brüderlicher und schwesterlicher miteinander umzugehen, oder wir gehen in ein drittes Jahrtausend, in dem sich wölfisches Gebaren durchsetzt.

Fangen wir doch schon heute wenigstens mit einer Geste an, gute Nachbarschaft herzustellen. Und - sagen Sie - klingt es nicht auch sprachlich nicht viel besser, wenn ich statt „Hallo, ausländischer Mitnachbar!“ sage „Hallo, Nachbar!“

Das Historische Stichwort: 100 Jahre August-Bebel-Platz

Vor 100 Jahren wurde der markante Platz im Herzen der Stadt Wattenscheid, der August-Bebel-Platz, mit der Errichtung des Kriegerdenkmals fertigge-

stellt. Zu diesem Zeitpunkt war der Name von August Bebel allerdings ein Unding; Der bekannte Sozialdemokrat war zur Kaiserzeit nicht wohl gelitten. Die Obrigkeit bekämpfte „die Socialdemokratie“ und die Wattenscheider Zeitung vermerkte empört die Hissung einer roten Flagge im Stadtgebiet! Die Wattenscheider Autoritäten der Kaiserzeit benannten den Platz folgerichtig staatstragend: Der Kaiser wurde für den Platz zum Namensgeber. 1896 hatte man zunächst für den rechtwinkligen Platz zwischen Hochstraße und Voedestraße den Namen „Neumarkt“ vorgeschlagen. In der Stadtverordneten-sitzung im August 1896 „referiert Herr Vorsitzender, daß die Baukommission in ihrer letzten Sitzung vorgeschlagen habe, den neuen „Marktplatz“ Kaiserplatz zu nennen; ebenso das Denkmal daselbst 40 m von der Hochstr. mit der Front nach dieser gerichtet zu errichten. Herr Beigeordneter Beckmann beantragt, diesen Vorschlag der Baukommission zum Beschluß zu erheben, was einstimmig geschieht. ... Herr Bringewald schlägt noch vor, den Kaiserplatz mit Bäumen zu bepflanzen, was aber vorläufig aus Verkehrsrücksichten, um den Marktverkehr nicht zu beschränken, abgelehnt wird, zumal sich auch die Baukommission nicht dafür ausgesprochen hat.“ Diese Bäume wurden dankenswerterweise doch noch gepflanzt, und wer sich heute aufmerksam am August-Bebel-Platz umsieht, kann anhand der Bäume noch die alte Fluchtlinie des Platzes erkennen.

Im Dezember 1896 wurde dann der Wochenmarktverkehr auf dem neuen Platz aufgenommen, im Mai 1896 das Kriegerdenkmal mitten auf dem Platz eingeweiht. Im August 1896 vermerkte dann die „Allgemeine Wattenscheider Zeitung“: „Die ersten Ansichtskarten von Wattenscheid mit Gesamtansicht und trefflichen Abbildungen des Rathauses, der Post, des Kriegerdenkmals usw. sind heute Morgen bei Herrn C. Bode eingetroffen.“ Der Platz (und das Denkmal) waren zum Stolz der Stadt geworden. Und im Oktober 1897 berichtete die Zeitung: „Die morgen und Montag hier stattfindende große Oktoberkirmes verspricht ihren alten guten Ruf aufs Neue zu bewahren! Sowohl auf dem Kaiserplatz wie auch auf dem alten Marktplatz und dem früheren Mühlenteichplatz (bei Voortmann) [heute Gertrudisplatz] sind eine Unmenge von Schau-, Kram- und Konditorbuden, Karoussells, Schieß- und Photographiebuden usw. aufgestellt, so das für abwechslungsvolle Unterhaltung hinlänglich gesorgt ist. ...“ Der Kaiserplatz war innerhalb eines Jahres etabliert.

Nach der „Revolution von 1918“ blieb „der Kaiser“ hartnäckiger in Wattenscheid als das Vorbild in Berlin: Erst 1922 begann eine ernsthafte Diskussion um die Neubenennung des Platzes. Vor der Umbenennung war auch an Karl Liebknecht als Namensgeber gedacht worden, jedoch führte dies zu Kontroversen mit dem Polizeipräsidenten, der formell der Umbenennung zustimmen mußte. Im November 1922, also vor 75 Jahren, war es schließlich so weit: August Bebel wurde auf Beschluß der Wattenscheider Stadtverordneten

zum Namensgeber für den Platz.

Die Nationalsozialisten brauchten nicht so lange, um den ihnen unliebsamen August Bebel aus dem Stadtbild zu tilgen. Nach Adolf Hitler wurde der Platz benannt und bereits im März 1933 dort der „Nationalfeiertag in Wattenscheid“ begangen: Man stellte neben dem Kriegerdenkmal je ein Bild von Hitler und Hindenburg auf. Für die Nationalsozialisten war damit der Kreis geschlossen! Es fehlte lediglich noch die Ehrenbürgerschaft für Hitler, die man schleunigst Anfang April 1933 beschloß. Erst 1945 wurde der Platz wieder in August-Bebel-Platz umbenannt.

In städtebaulicher Hinsicht änderte sich der Platz in den 60er Jahren ohne eine Umbenennung des Platzes. Die Änderung zu einer reinen Verkehrsfläche geschah in dieser Zeit, da man die Innenstadt, die bis dahin den gesamten Verkehr zwischen Bochum und Gelsenkirchen und auch zwischen dem Norden und Süden der Stadt aufgenommen hatte, zur Fußgängerzone machte. Durch die neugebaute Friedrich-Ebert-Straße sollte dieser Verkehr aufgenommen werden. In deren Verlängerung sollte der umgestaltete August-Bebel-Platz zum innenstadtnahen Parkraum und Drehpunkt des Straßenbahn- und Busverkehrs werden.

Der Platzcharakter wurde damit zerstört. Gleichzeitig entstand so ein Bruch zwischen der Oststraße und der unteren und oberen Hochstraße und damit die Unterbrechung der Haupteinkaufsstraße.

In der Diskussion der 90er Jahre dieses Jahrhunderts spielt dies eine große Rolle: In welche Richtung entwickelt sich die Wattenscheider Innenstadt, wie fließt der Verkehr in der Zukunft? Parkhäuser, Parkraumbewirtschaftung, Stadtbahnplanungen, Niederflurstraßenbahnen, die Fortsetzung der Fußgängerzone, Verkehrsberuhigung sind die Stichworte der neuen Überlegungen um den August-Bebel-Platz. Die Diskussion um diesen zentralen Innenstadtpunkt ist noch nicht abgeschlossen. (AHa)

Der „Burgenwanderweg“ und der KVR

Die Presse berichtete:

Ermutigende Antwort zum Thema „Burgenwanderweg“ hat der Heimat- und Bürgerverein Wattenscheid vom Kommunalverband Ruhrgebiet erhalten. Verbandsdirektor Dr. Gerd Willamowski, der auf den vom HBV entwickelten Vorschlag eines sogenannten „Burgenwanderweges im Bereich Emscher-Lippe-mittleres Ruhrtal (mit Anschluß an die 100-Schlösser-Route des Münsterlandes)“ hingewiesen wurde, schreibt: „... Die Internkommunale Arbeitsgemeinschaft des Grünzugs C beabsichtigt in Zusammenarbeit mit dem Sauerländischen Gebirgsverein, noch in diesem Jahr den Nord-Süd-Weg im Rahmen der Aktivitäten zur Bundesgartenschau Gelsenkirchen zu kennzeichnen. ... Dabei wird es sicherlich möglich sein, Streckenabschnitte über die Grün-

zugsgrenzen hinaus nach Süden (z.B. bis zur Bartholomäuskapelle) ... einzu-
beziehen.“ Diese Markierungen versteht der KVR als „temporäre Lösung“ im
Zusammenhang mit der Bundesgartenschau, will aber bis zur IBA-
Endpräsentation 1999 ein einheitliches Beschilderungssystem für den ge-
samten Emscher Landschaftspark erstellen. Außerdem soll die HBV-Anre-
gung geprüft werden, den vorgeschlagenen Weg in die KVR-Radwanderkarte
„Westliches Ruhrgebiet“ aufzunehmen. Der HBV ist erfreut über diese Ent-
wicklung, waren doch aufgrund seiner Initiativen auf Einladung des Landes-
Ministeriums für Stadtentwicklung, Kultur und Sport am 7. Juni 1996 Vertreter
des KVR, der Interk. Arbeitsgemeinschaft Grünzug C, der Internationalen
Bauausstellung an Ort und Stelle in Wattenscheid zusammengekommen, um
das HBV-Projekt streckenweise „auf Schusters Rappen“ zu prüfen. Auch
Wirtschaftsminister Clement signalisierte seine Sympathie für diese Idee.
Der Vor-Ort-Termin wurde seinerzeit bereits einhellig als Erfolg gewertet.
Mittlerweile geht die Diskussion weiter. Der HBV, vertreten durch den Initiator
und Beiratsmitglied Gerhard Lutter, bemüht sich derweil im Revier um Spon-
soren, um die Wegweisung und Betafelung der einzelnen Projekte (davon
auch einige in Wattenscheid) auch im Interesse des besonderen Ruhrgebiets-
profils auf Dauer sicherzustellen. (kphü)



Frauentreff bei Rita Theis

Der Frauentreff des Heimat- und Bürgervereins Wattenscheid besuchte am Dienstag, 29. April 1997, das Atelier und die Ausstellungsräume der renommierten Wattenscheider Malerin und Galeristin Rita Theis, die seit einigen Jahren in Gelsenkirchen wirkt. Rita Theis gehört zu den Mitbegründern von WAT-kreativ und hat sich auch durch Ausstellungen und Werk-
schauen international einen Namen gemacht. Rita Theis erwies sich als kenntnisreiche und charmante Gastgeberin. Ein wirklich gelungener Nach-
mittag.

Per „Stadtrundweg“ Wattenscheid erwandern

Der Heimat- und Bürgerverein Wattenscheid bereitet einen Stadtrundweg vor. Anhand eines Laufplans und entsprechender Informationen soll sich der

„Stadtwanderer“ durch die Hinführung zu wichtigen Gebäuden ohne besondere Hilfe die Besonderheiten Wattenscheids erschließen können. Die Idee zu diesem besonderen Weg stammt von HBV-Beiratsmitglied Gerhard Lutter. Der Vorstand des Vereins hat sich zwischenzeitlich an die Eigentümer der Gebäude gewandt, an denen sogenannte Legenden angebracht werden sollen, die dem Wanderer im Rahmen dieses „geführten Rundweges“ Aufschluß über die Bedeutung des jeweiligen Gebäudes und damit über die Geschichte Wattenscheids geben sollen. Nach den vom HBV entwickelten Legenden an für Wattenscheid wichtigen Straßennamen stellt der HBV nunmehr mit dem Stadtrundweg ein weiteres heimatgeschichtlich-informatives Projekt vor. Anbei stellvertretend Portraits einiger Gebäude, die auch diesmal wieder von Heimatforscher Franz-Werner Bröker (HBV) erstellt wurden, sind die Kirchengburg, das Rathaus, die Friedenskirche, Renteihaus und Wasserburg Lyren, die Zeche Holland, die alte evangelische Kirche am Markt. (kphü)

Tafeln Bergbauwanderweg gereinigt.

Der vom Heimat- und Bürgerverein angelegte Wattenscheider Bergbauwanderweg in Höntrop und Eppendorf besteht nun seit mehr als 4 1/2 Jahren und hat in dieser Zeit vielerlei Zuspruch gefunden. Leider haben sich Witterungseinflüsse unerfreulich bemerkbar gemacht, was zur Folge hatte, daß die Texte der einzelnen Wegetafeln zu dunkel geworden waren. Diesem Übel wurde aber jetzt zu Leibe gerückt. Alle Tafeln sind gereinigt; die Beschriftungen wie auch die bildlichen Darstellungen sind jetzt wieder gut lesbar. Da lohnt es sich, nun wieder mal die 4,8 km bergbaugeschichtlich interessante Route zu einer Wanderung zu nutzen und sich dabei der schönen Natur zu erfreuen. Bei dieser Gelegenheit weist der HBV darauf hin, daß die Wegestrecke z.T. über Privatgelände verläuft. Die Eigentümer haben die Nutzung ihrer Wegeflächen für den Bergbauwanderweg gutgeheißen, dies also über den allgemeinen Rahmen hinaus. Es wird daher dringend darum gebeten, die Wege wie auch die angrenzenden Grünflächen nicht zu verunreinigen und Hunde stets an der Leine zu führen. (Wilhelm Spieker)

Impressum:

Herausgeber: Heimat- und Bürgerverein Wattenscheid e.V., An der Papanburg 30, 44866 Wattenscheid, Telefon 02327/321791.

Redaktion: Franz-Werner Bröker (FWB), Martin Bröde (Mbr), Andreas Halwer (AHa), Norbert Herden (NH), Klaus-Peter Hülдер (kphü).

Fotos/Repros: Volker Martin, Klaus-Peter Hülдер

Druck: SKM-Druck, Hohensteinstraße, 44866 Wattenscheid, Telefon 02327/945423.

HBV-Litfaßsäule

Wir laden ein:

zur

Vortragsveranstaltung

am 11. Juni 1997, 19.30 Uhr, Gertrudishaus, Auf der Kirchenburg

Heinrich Kostrzewa zeigt Filme zu den Themen „100 Jahre Wattenscheider Rathaus“ und „Der Kampf der Wattenscheider Bürgerschaft gegen die Eingemeindung“.

Wir laden unsere Mitglieder und InteressentInnen herzlich ein.

Der Vorstand

Wir laden ein: Auf nach Mainz!

Die nächste Tagesfahrt des Heimat- und Bürgervereins Wattenscheid führt am Samstag, 23. August 1997 in das 2000-jährige Mainz. Die durch Kaiser Agrippa 39 v. Chr. gegründete Stadt wurde Hauptstadt des germanischen Teils des römischen Weltreiches. Durch Bonifatius wurde Ende des 8. Jahrhunderts Mainz zum kirchlichen Mittelpunkt Deutschlands. Das Bistum Mainz erreichte durch Erzbischof Williges Vorrang vor den übrigen Bistümern, deren Erzbischöfe bis Ende des 18. Jahrhunderts auch Regierungsgewalt ausübten. Das „Goldene Mainz“ ist die rheinland-pfälzische Landeshauptstadt und ist trotz der großen Zerstörungen im zweiten Weltkrieg bis auf den heutigen Tag eine größtenteils wieder aufgebaute ansehnswerte Metropole geblieben. Durch den von Johannes Gutenberg erfundenen Buchdruck mit gegossenen und beweglichen Lettern bekam Mainz eine kulturelle Bedeutung von Welt-rang. Auf dem Besuchsprogramm des HBV steht ein ausgedehnter Stadtrundgang mit dem Besuch der Altstadt, des Doms und des Gutenberg-museums (insges. 3 Std.). Außerdem besucht die Gruppe auf dem Stephans-berg die wegen ihrer Chagallfenster berühmte St. Stephans-Kirche, wo eben-falls eine Führung (Dauer 1 1/2 Std.) vorgesehen ist (Operngläser sind dabei sehr nützlich). Der Preis für Busfahrt, Führungen und Eintritte beträgt DM 35,-. Abfahrt ist um 6.00 Uhr am August-Bebel-Platz („Ilse“). Die Reisegruppe wird um 22.00 Uhr wieder in Wattenscheid sein. Anmeldungen sind zu richten an Klaus-Peter Hülder (Tel. 02327/82170), der auch die Reiseleitung über-nommen hat.

Beitrittserklärung

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zum Heimat und Bürgerverein Wattenscheid e.V.. Ich habe die Satzung zur Kenntnis genommen und erkenne sie an.

Name, Vorname: _____
Geburtsdatum: _____ Straße: _____
Postleitzahl: _____ Wohnort: _____
Telefon: _____
Unterschrift: _____

Mitgliedsbeiträge: Die Jahresbeiträge werden von den Mitgliedern selbst bestimmt. Gemäß Satzung sind lediglich die jährlichen Mindestbeiträge festgesetzt. Diese betragen seit Januar 1992:

Für jede Person:	18,00 DM
Für juristische Personen (Firmen, Vereine):	45.00 DM
Für Schüler und Studenten:	09,00 DM

Die Beiträge werden am 1. Januar eines jeden Jahres fällig. Zu diesem Termin erfolgt die Lastschrift durch Bankeinzug.

Einzugsermächtigung

Der Heimat- und Bürgerverein Wattenscheid e.V. wird hierdurch ermächtigt, von meinem Konto bei der

Bank: _____
Kontonummer: _____
BLZ: _____

jährlich meinen Mitgliedsbeitrag in der Höhe, wie er von der Mitgliederversammlung festgesetzt wurde, abbuchen zu lassen.

Mein Mitgliedsbeitrag beträgt zur Zeit/ab sofort _____DM/Jahr. Diese Ermächtigung gilt bis auf schriftlichen Widerruf. Mir ist bekannt, daß ich eine unberechtigte Abbuchung sofort wieder rückgängig machen kann.

Ort: _____ Datum: _____ Unterschrift: _____

Änderungsmitteilung

Liebes Mitglied,

Sollte sich Ihre Adresse oder Ihre Bankverbindung geändert haben, teilen Sie uns dies bitte mit!

Zur Erleichterung können Sie diesen Vordruck benutzen.

Meine Adresse / mein Konto hat sich geändert. Bitte vermerken Sie dies in Ihren Unterlagen!

Name, Vorname: _____
Geburtsdatum: _____
Straße: _____
Postleitzahl: _____ Wohnort: _____
Telefon: _____
Unterschrift: _____

Heimat- und Bürgerverein Wattenscheid e.V.
An der Papenburg 30, 44866 Wattenscheid, Telefon 02327/321720

Die Ziele des Heimat- und Bürgerverein Wattenscheid e.V.

1. Heimat- und Brauchtumspflege
2. Sicherung historischer Spuren und Erhalt des Heimatmuseums Helfs Hof
3. Pflege historisch wertvoller Bausubstanz
4. Herausgabe von heimatkundlichem Schrifttum, Vorträge und Führungen zu heimatkundlichen Themen
5. Erhalt der natürlichen Umwelt
6. Pflege der Geselligkeit durch Bürgerfeste, Studienreisen und regelmäßige Mitgliedertreffen.
7. Anlaufadresse für bürgerschaftliche Fragen
8. Erhalt der politischen Einheit Wattenscheids
9. Pflege der Identifikation der Bürgerschaft mit Wattenscheid
10. Streben nach Wiedererlangung der Selbständigkeit Wattenscheids

Unterstützen Sie unsere gemeinsamen Ziele! Werden Sie Mitglied im Heimat- und Bürgerverein Wattenscheid e.V.

Heimat und Bürgerverein Wattenscheid e.V. , An der Papenburg 30, 44866 Bochum-Wattenscheid

Der Heimat- und Bürgerverein bietet seinen Mitgliedern aus der Reihe der Beiträge
zur Wattenscheider Geschichte folgende Veröffentlichungen an:

Emil Güthe:	Plattdeutsche Gedichte	1,00 DM
Fritz Pütters:	Wattenscheider Männer im grünen Rock	3,00 DM
Franz-Josef Land:	Wattenscheid 4 Jahre nach der Eingemeindung. Ergebnis und Analyse einer Befragungsaktion vom April 1979	5,00 DM
Kläre Kupitz:	Oma Blome erzählt von Alt-Wattenscheid (1860-1900)	9,00 DM
Heinz-Jürgen Brandt:	Kirche und Krankenhaus - Zur Geschichte der "leibhaftigen" Liebe im Christentum zu den Armen und Kranken	5,00 DM
Peter Zimmermann:	Wattenscheid in der Notgeldzeit	7,50 DM
Rudolf Wantoch:	Die Wattenscheider Postgeschichte	5,00 DM
Kläre Kupitz, Peter Rauwerda:	Wattenscheider Zechen und Bergleute	15,00 DM
Egon Steinkamp, Christian Waluszek:	Geschichte der Hellweg Schule 1873 -1984 - Von der privaten höheren Töchterschule bis zum modernen Gymnasium - Ein Bildband	18,00 DM
Ludwig Schönefeld:	Die „Kommunale“ - Geschichte einer Straßenbahn zwischen Herne, Wanne-Eickel und Wattenscheid	19,80 DM
Horst Ueberhorst:	Wattenscheid: die Freiheit verloren? Eine Sozialgeschichte	35,00 DM
Peter Zimmermann:	Wattenscheider Hausinschriften m. Zeichnungen von Helmut Laaser	10,00 DM
Kläre Kupitz, Maria Wilmes, Christoph Gerz, André Weinhold:	Glocken der Wattenscheider Kirchen und Kapellen	18,80 DM
Franz-Werner Bröker:	300 Jahre Kanzelaltar in der evangelischen Kirche am Alten Markt - Ein Beitrag zur evangelischen Kirchengeschichte Wattenscheids	10,00 DM
Dieter Senzek:	Der Weitmarer Pfarrer und Schulinspektor Johann Carl Friedrich Petersen und die Bürgermeisterei Wattenscheid,	18,00 DM
Franz-Werner Bröker unter Mitarbeit von Ralph Eberhard Brachthäuser und Johannes Schnieders:	Wattenscheid, über die Geschichte von Kirche und Stadt - 90 Jahre Propsteikirche und ihr tausendjähriger Taufstein	18,00 DM